

V o r l a g e  
für die Sitzung des Senats  
am 19. Februar 2013

**Umbesetzung des Aufsichtsrates der Fischereihafen-Betriebsgesellschaft mbH**

**A. Problem**

Herr Christian Bücken ist nicht mehr in der Senatskanzlei tätig. Daher ist das bislang von Herrn Christian Bücken für die Freie Hansestadt Bremen im Aufsichtsrat der Fischereihafen-Betriebsgesellschaft mbH (FBG) wahrgenommene Mandat neu zu besetzen.

**B. Lösung**

Die Senatorin für Finanzen schlägt dem Senat vor, das Mandat im Aufsichtsrat der FBG mit Herrn Kai Jürgens, Leiter des u.a. für die Bereiche Wirtschaft, Außenhandel und Häfen zuständigen Referates in der Senatskanzlei, zu besetzen.

Der Senat hat über diesen Besetzungsvorschlag zu entscheiden.

**C. Alternativen**

Keine.

**D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen und Gender-Prüfung**

Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkung

Keine.

Gender-Prüfung

Durch die Entsendung von Herrn Kai Jürgens ergeben sich gegenüber der bisherigen Verteilung der senatsseitigen Mandate im Aufsichtsrat im Hinblick auf die Geschlechterverteilung keine Veränderungen. Der Freien Hansestadt Bremen stehen im Aufsichtsrat der FBG fünf Mandate zu. Davon bleiben vier Mandate mit Männern besetzt. Die Besetzung des Mandates erfolgt fachbezogen mit Herrn Kai Jürgens. Aufgrund seiner Funktion in der Senatskanzlei ist er für die Wahrnehmung des Aufsichtsratsmandates bei der FBG besonders geeignet.

### **E. Beteiligung und Abstimmung**

Die Vorlage ist mit der Senatskanzlei abgestimmt. Sie wurde der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau zur Kenntnis gegeben.

### **F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz**

#### Öffentlichkeitsarbeit

Entfällt.

#### Veröffentlichung nach dem IFG

Die Vorlage ist zur Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz geeignet.

### **G. Beschluss**

- 1) Der Senat beschließt, das bislang durch Herrn Christian Bücken im Aufsichtsrat der Fischereihafen-Betriebsgesellschaft mbH wahrgenommene Mandat auf Herrn Jürgens zu übertragen.
  
- 2) Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen um die entsprechende Umsetzung.